

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Kühn, Dr. Anton Hofreiter,
Dr. Valerie Wilms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/10108 –**

Mit ambitionierten Verbrauchsgrenzwerten die Ölabhängigkeit verringern

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich auf europäischer Ebene für einen Pkw-CO₂-Grenzwert für 2020 von 70 g/km ohne die Anrechnung weiterer Maßnahmen einzusetzen; sich auf europäischer Ebene auch dafür einzusetzen, dass mit dem Grenzwert für 2020 ein Folgegrenzwert für 2025 von 50 g/km festgelegt wird; in der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie einen Stufenplan zu erarbeiten, mit dem der vom ehemaligen Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, genannte CO₂-Grenzwertkorridor von 10 bis 35 g/km im Jahr 2040 erreicht werden kann; alle Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 50 g/km als hocheffiziente Fahrzeuge zu klassifizieren und sie im Steuerrecht einheitlich zu behandeln; alle Fördermaßnahmen für hocheffiziente Fahrzeuge technologieneutral ausschließlich am CO₂-Ausstoß auszurichten und eine Strategie zu entwerfen, wie die Markteinführung und Marktdurchdringung von Nullemissionsfahrzeugen in den nächsten Jahren angestoßen werden kann.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10108 abzulehnen.

Berlin, den 10. Dezember 2012

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Oliver Luksic
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Oliver Luksic

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10108** in seiner 187. Sitzung am 28. Juni 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich auf europäischer Ebene für einen Pkw-CO₂-Grenzwert für 2020 von 70 g/km ohne die Anrechnung weiterer Maßnahmen einzusetzen; sich auf europäischer Ebene auch dafür einzusetzen, dass mit dem Grenzwert für 2020 ein Folgegrenzwert für 2025 von 50 g/km festgelegt wird; in der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie einen Stufenplan zu erarbeiten, mit dem der vom ehemaligen Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, genannte CO₂-Grenzwertkorridor von 10 bis 35 g/km im Jahr 2040 erreicht werden kann; alle Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 50 g/km als hocheffiziente Fahrzeuge zu klassifizieren und sie im Steuerrecht einheitlich zu behandeln; alle Fördermaßnahmen für hocheffiziente Fahrzeuge technologieneutral ausschließlich am CO₂-Ausstoß auszurichten und eine Strategie zu entwerfen, wie die Markteinführung und Marktdurchdringung von Nullemissionsfahrzeugen in den nächsten Jahren angestoßen werden kann.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/10108 in seiner 104. Sitzung am 17. Oktober 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 24. Oktober 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 24. Ok-

tober 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/10108 in seiner 81. Sitzung am 24. Oktober 2012 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, mit ambitionierten Grenzwerten habe man kein Problem, es seien aber noch zahlreiche Fachfragen zu klären, weshalb man es nicht richtig finde, bereits jetzt eine Festlegung zu treffen. Deshalb müsse man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, die angestrebten Grenzwerte dürften nicht unrealistisch sein. Auch die bereits festgeschriebenen Grenzwerte seien schon sehr ambitioniert. Man sehe den Antrag vor allem aus industriepolitischen Gründen sehr kritisch. Klimaschutz, Automobilindustrie und Arbeitsplätze müssten in Einklang gebracht werden.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, man lehne den Antrag ganz klar ab, da er eine gefährliche Politik zu Lasten des Industrie- und Automobilstandortes Deutschland beinhalte. Man habe jetzt schon die schärfsten Grenzwerte weltweit. Die Umsetzung der Forderungen in dem Antrag bedeute ein Programm zu Lasten der deutschen Automobilhersteller.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bemerkte, sie würde bevorzugen, mit Zahlen zu arbeiten die auch für die Bürger deutlicher seien. Das bedeute Angaben dazu, wie viele Liter Kraftstoff auf 100 Kilometer verbraucht werden dürften und nicht, wie viel Gramm CO₂ entstünden, zumal es hier noch um eine ganze Reihe anderer Schadstoffe gehe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, die Automobilindustrie gehe schon jetzt deutlich über die bereits festgelegten Ziele hinaus. Man wolle für die Zukunft einen ambitionierten Grenzwert, denn man sehe, dass die Industrie deutlich über die festgelegten Ziele hinausgehen könne.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10108.

Berlin, den 10. Dezember 2012

Oliver Luksic
Berichterstatter

